

Tätigkeitsbericht der AG Aufarbeitung

als Information zum TOP „Grüne Aufarbeitung: Abschlussbericht des Göttinger Instituts für Demokratieforschung“

Die Arbeitsgruppe Aufarbeitung wurde im Dezember 2013 vom Bundesvorstand eingesetzt. Ihr Ziel ist es, die unabhängige wissenschaftliche Untersuchung der von Grünen in den 80er-Jahren erhobenen Forderungen nach Straffreiheit für pädophile Beziehungen durch das Göttinger Institut für Demokratieforschung durch einen eigenen, parteiinternen Prozess der Aufarbeitung zu begleiten. Zu ihren Aufgabe gehört es, Gespräche mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zu führen, Wege für einen angemessenen Umgang mit Betroffenen zu finden und Kreisverbände, Landesverbände und andere Parteigliederungen bei der Aufarbeitung zu unterstützen.

Mitglieder der AG Aufarbeitung sind Simone Peter, Michael Kellner, Christoph Becker-Schaum, Marcus Bocklet, Emily Büning, Ekin Deligöz, Katja Dörner, Andrea Fischer, Melanie Haas, Britta Haßelmann, Arndt Klocke, Sibylle Knapp, Benedikt Mayer, Claudia Schlenker, Michael Schlikker, Barbara Unmüßig.

Die AG Aufarbeitung hat im Dezember 2013 ihre Arbeit aufgenommen und bisher fünf Arbeitssitzungen durchgeführt. In der ersten Sitzung hat sich die AG vor allem mit dem Zwischenbericht des Göttinger Instituts auseinandergesetzt, der im Dezember 2013 veröffentlicht wurde. Bei den folgenden Sitzungen standen der Austausch mit Betroffenenverbänden und Beratungsstellen, die Organisation der ZeitzeugInnengespräche sowie politische und strukturelle Konsequenzen der Aufarbeitung im Mittelpunkt. Auf der für den 14. November terminierten sechsten Sitzung wird sich die AG mit dem Abschlussbericht des Göttinger Instituts für Demokratieforschung beschäftigen. Neben den gemeinsamen Arbeitssitzungen der AG fanden ZeitzeugInnengespräche in Kleingruppen statt.

Informationen an die Partei

Eine der ersten Aufgaben der Arbeitsgruppe bestand darin, einen Leitfaden für Kreis- und Landesverbände zu erstellen. Alle Landesverbände wurden aufgefordert, intensiv in den Archiven zu suchen und bei Zeitzeugen nachzufragen. Einige Kreisverbände, die in der Vergangenheit zu dem Thema Beschlüsse gefasst oder Veranstaltungen organisiert hatten, wurden zusätzlich im Auftrag der AG direkt kontaktiert. Einzelne Kreisverbände haben daraufhin eigene Berichte erarbeitet und veröffentlicht. Einige Landesverbände, u.a. Hessen, Niedersachsen, Berlin und Schleswig-Holstein, haben eigene Arbeitsgruppen zur Aufarbeitung eingesetzt und teilweise auch Berichte veröffentlicht. Diese Berichte werden sukzessive auf www.gruene.de eingestellt. AG und Bundesgeschäftsstelle haben zu den recherchierenden Landesverbänden und Kreisverbänden engen Kontakt gehalten. Durch die Einbindung von VertreterInnen verschiedener Landesverbände in unsere AG konnte eine enge Verzahnung zwischen Bund und Ländern sichergestellt werden. Einzelne AG-Mitglieder waren zu Gast auf Podien der Landesverbände zum Thema Aufarbeitung. Zur Europawahl stellte die Bundesgeschäftsstelle mit Unterstützung der AG Aufarbeitung eine Information zur Aufarbeitung zur Verfügung, die von den Kreisverbänden breit angenommen wurde.

Umgang mit Betroffenen und ZeitzeugInnen

Die AG nahm früh Kontakt zu dem Unabhängiger Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Herrn Johannes-Wilhelm Rörig, und zu Beratungseinrichtungen und Betroffenenverbänden auf, die sich seit Jahrzehnten professionell mit der Aufarbeitung von Missbrauch und sexualisierter Gewalt beschäftigen. Mit Herrn Rörig und VertreterInnen der Organisationen Tauwetter, Zartbitter, Wildwasser und Glasbrechen gab es ein Zusammentreffen im Januar 2014, um den angemessenen Umgang mit Betroffenen zu besprechen. Die ExpertInnen rieten uns, sich mit qualifizierter Unterstützung und vielfältigen Angeboten auf die unterschiedlichen Bedürfnisse und Anliegen von Betroffenen (vom Wunsch gehört zu werden über die Suche nach therapeutischer Betreuung bis zur Artikulation politischer Forderungen an die Partei) einzustellen. Dazu boten sie ihre Unterstützung an.

Ende 2013 wurde eine zentrale E-Mail-Adresse eingerichtet, die über die Medien verbreitet und auf der Homepage der Grünen zu finden ist. Damit wollen wir ZeitzeugInnen und Betroffenen die Möglichkeit bieten, direkt mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Kontakt zu treten. Dieses Angebot wurde insbesondere zu Beginn von ZeitzeugInnen genutzt, die uns bei der Aufarbeitung unterstützen wollten bzw. für ein ZeitzeugInnengespräch zur Verfügung standen. Unter bisher rund 20 inhaltlichen Zuschriften fanden sich auch zwei von Betroffenen sexuellen Missbrauchs. In einem Fall gibt es keine unmittelbare Verbindung zur grünen Partei, im anderen hat sich der Betroffene bislang nicht näher zu den Umständen des Missbrauchs, den er erlitten hat, äußern wollen.

Auf Anraten der Betroffenenverbände hat die AG zusätzlich eine telefonische Anlaufstelle eingerichtet, über die Betroffene mit Bündnis 90/Die Grünen in Kontakt treten können. Seit August 2014 ist jeden Donnerstag von 18 bis 20 Uhr unter der Nummer 030-28442-197 eine Hotline geschaltet. Eine geschulte Fachkraft mit langjähriger Erfahrung nimmt in der Bundesgeschäftsstelle Anrufe entgegen, gibt Informationen und bietet Hilfe und Unterstützung an. Sie gibt die Informationen und Erfahrungen nach ausdrücklicher Zustimmung der Betroffenen in anonymisierter Form an die Arbeitsgruppe Aufarbeitung weiter. Bisher gingen über die telefonische Anlaufstelle vier Anrufe ein, davon zwei von Betroffenen sexuellen Missbrauchs. In beiden Fällen ist keine unmittelbare Verbindung zur grünen Partei erkennbar.

Zusammenarbeit mit dem Göttinger Institut

Zum Austausch mit dem Göttinger Institut für Demokratieforschung traf sich die AG im Rahmen ihrer dritten Sitzung mit Herrn Dr. Stephan Klecha, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut.

Der Bundesvorstand hielt über den gesamten Forschungszeitraum Kontakt zum Institut und stand bei den Recherchen unterstützend zur Seite.

Der Abschlussbericht des Instituts wird am 12.11.2014 in der Bundespressekonferenz von Herrn Prof. Franz Walter und Simone Peter gemeinsam vorgestellt.

ZeitzeugInnengespräche

Die AG verständigte sich zu Beginn ihrer Arbeit darauf, eigene ZeitzeugInnengespräche durchzuführen. Einzelne Untergruppen beschäftigen sich mit verschiedenen Themenbereichen und interviewen ZeitzeugInnen. Zur Einordnung des damaligen Diskurses wurden Gespräche mit Mitgliedern der Frauenbewegung innerhalb und außerhalb unserer Partei, Aktiven aus der Schwulenbewegung, GremienvertreterInnen früherer Jahre, JuristInnen, ErziehungswissenschaftlerInnen und VerbändevertreterInnen geführt. Ziel der ZeitzeugInnengespräche ist es, die Diskussionen, Positionen und das Umfeld der damaligen Zeit zu erfassen und in den damaligen Diskurs einordnen zu können. Die ZeitzeugInnengespräche sollen bis Anfang 2015 abgeschlossen und dann in angemessener Form dokumentiert werden.

Politische und strukturelle Konsequenzen

Die Arbeitsgruppe will nicht nur zurückblicken, sondern auch den Blick nach vorn richten und aus den Debatten und Beschlüssen der Vergangenheit Konsequenzen ziehen.

Zum einen ergibt sich daraus eine politische Verantwortung, sich weiter entschieden mit dem gravierenden Problem des sexuellen Missbrauchs in unserer Gesellschaft auseinander zu setzen und die Strukturen zu stärken, die sexueller Gewalt vorbeugen und Betroffene unterstützen. In diesem Sinne fordern wir die Umsetzung der Empfehlungen des „Runden Tisches sexueller Missbrauch“. Die Arbeit des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs muss aus Sicht der AG dauerhaft abgesichert und insbesondere der Bereich der Aufarbeitung ausgeweitet werden.

Zum anderen ist aus dem Aufarbeitungsprozess die Lehre zu ziehen, unsere Strukturen stärker für das Thema sexueller Missbrauch zu sensibilisieren. Die Arbeitsgruppe empfiehlt deshalb, auf Bundes- und Landesebene sowie bei der Grünen Jugend AnsprechpartnerInnen zu benennen und zu schulen, die bei Problemen und Fragen rund um das Thema sexueller Missbrauch ins Vertrauen gezogen werden können.

Was den Prozess der Programmerstellung angeht, gibt es heute in der Partei mehr Kontrollmechanismen als in den 80er Jahren, um erratischen Beschlussfassungen vorzubeugen. Die damalige Praxis, auch Beiträge grün-naher Gruppen weitgehend unhinterfragt in grüne Programme aufzunehmen, entspricht nicht mehr grünen Verfahren.

Ausblick

Die AG Aufarbeitung wird nach der Auswertung des Berichts des Göttinger Instituts für Demokratieforschung und nach Beendigung der ZeitzeugInnengespräche eine Einordnung des Berichts sowie der ZeitzeugInnengespräche vornehmen. Voraussichtlich Mitte 2015 wird die Kommission ihre Arbeit beenden. Auch danach werden wir Grüne unter das Thema Aufarbeitung keinen Schlussstrich ziehen. Wir werden uns auch in Zukunft mit dem Thema auseinandersetzen und immer wieder mit den Forderungen aus der Vergangenheit konfrontiert werden. Durch die wissenschaftliche und parteiinterne Aufarbeitung haben wir genauere Kenntnisse über die damaligen Umstände und Diskussionen erhalten. Das ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Transparenz und einem verantwortungsvollen Umgang mit dem Thema.

Die Einrichtung von Ombudspersonen auf den verschiedenen Ebenen der Partei kann mit dafür sorgen, dass das Thema sexueller Missbrauch mit hoher Sensibilität behandelt wird. Auf einem Symposium werden wir uns mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen auseinandersetzen und gemeinsam mit ExpertInnen beraten, welche weiteren Konsequenzen aus der Aufarbeitung zu ziehen sind. Ein erneutes Treffen der AG mit Betroffenenverbänden ist für 2015 angedacht, um Konzepte zum präventiven Umgang mit dem Thema sexueller Missbrauch zu erarbeiten und vorhandene oder geplante Strukturen zu beleuchten.

AG Aufarbeitung

Berlin, den 04.11.2014